

GBZ

GEWERKSCHAFTSBUND DES KANTONS ZUG

JAHRESBERICHT

1 9 9 6 / 9 7

GEWERKSCHAFTSBUND DES KANTONS ZUG

GBZ

Gewerkschaftsbund des Kantons Zug GBZ

Vorstand

<i>Präsident:</i>	Bruno Bollinger	Deinikerstr. 37a, 6340 Baar	P: 761 89 13 / G: 01/295 16 42	SMUV
<i>Vizepräsident:</i>	Juan Gonzalvez	Schönenboden 3, 6036 Dierikon	G: 711 81 47	GBI
<i>Vizepräsident:</i>	Pietro Panico	Chamerstr. 152, 6300 Zug	G: 711 04 20	SMUV
<i>Kassierin:</i>	Sybilla Schmid	Deinikerstr. 37a, 6340 Baar	P: 761 89 13	SMUV
	Josy von Wyl	Sonnhalde 8, 6313 Edlibach	P: 755 19 94	GBI
	Toni Gschwind	Staldenstr. 3, 6313 Menzingen	P: 755 19 57	VPOD
	Hans Rüegg	Eichwaldstr. 17, 6300 Zug	P: 741 52 69	PTT-Union

Angeschlossene Verbände:

Gewerkschaft Industrie Gewerbe Dienstleistungen SMUV

Sekretariat: Metallstr. 5, 6300 Zug, Tel. 711 04 20

Präsident: Ruedi Amrein, Hertistr. 35a, 6300 Zug

Gewerkschaft Bau & Industrie GBI

Sekretariat: Metallstr. 5, 6300 Zug, Tel. 711 81 47

Präsident: Werner von Wyl, Sonnhalde 8, 6313 Edlibach

VPOD Schweizerischer Verband Personal öffentlicher Dienste

Präsident: Christian Steiger, General Guisanstr. 34, 6300 Zug

Schweizerischer Eisenbahner Verband SEV

(Diverse Untergruppen)

Union Schweizerischer Post-, Telefon- und Telegrafenebeamte (PTT-Union)

Präsident: Walter Felder, Lauriedhofweg 18, 6300 Zug

1. Vorbemerkungen

Der 1. Dezember 1996 wird in die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung eingehen. Der deutliche Abstimmungssieg des Referendums gegen die Revision des Arbeitsgesetzes hat gezeigt, dass die wilde Deregulierungs- und Sozialabbauwelle der Arbeitgeber gestoppt werden kann. Den Gewerkschaften ist es einerseits gelungen, eine breite Front von Gegnern zu schaffen (von den Kirchen bis zu den Sportvereinen). Andererseits haben die Argumente gegen die Verschlechterung des Arbeitsgesetzes (nicht zuletzt dank der breiten Front) die Direktbetroffenen zu mobilisieren vermocht.

Viele Gründe haben zu diese deutlichen 67% Nein zur Revision des Arbeitsgesetzes geführt. Das Hauptmotiv für das Nein war jedenfalls, dass die Lohnabhängigen diese Gelegenheit genützt haben, um den Arbeitgebern klar zu machen: Jetzt reicht's! Betriebsschliessungen und Restrukturierungen, die immer zu Entlassungen führen, Lohnabbau durch die regelmässige Verweigerung des Teuerungsausgleichs, massiver Abbau bei den Sozialversicherungen (allen voran bei den Krankenkassen), keine Bereitschaft der Arbeitgeber auf die Vorschläge der Gewerkschaften einzugehen. Die Arbeitenden schluckten dies alles aus Angst um den Arbeitsplatz. Die Abstimmung war denn auch eine gute Gelegenheit, um den Arbeitgebern die rote Karte zu zeigen.

Im Kanton Zug wurde mit 60% Nein-Stimmen eines der schlechtesten Resultate erzielt. Dies ist sicher nicht darauf zurückzuführen, dass die Zuger Lohnabhängigen weniger dem Angriff der Unternehmer ausgesetzt sind, oder dass sie weniger sensibel darauf sind. Uns scheint, dass die aktive Kampagne der Bürgerlichen Frauen für ein Ja zum Arbeitsgesetz als ein Ja für die Gleichberechtigung seine Wirkung gehabt hat. Trotzdem, auch 60% Nein-Stimmen sind ein deutliches Resultat.

Keine Ruhe ist bei der Landis & Gyr eingetreten. Nachdem Ende 1995 Stefan Schmidheiny die L&G der Elektrowatt verkauft hatte, kam die Hoffnung auf, dass die Zeiten der rücksichtslosen Profitmaximierung auf Kosten der Arbeitenden vorbei wären. Immerhin gab die neue Geschäftsleitung wiederholt zu verstehen, dass sie diesbezüglich einen mässigeren Kurs einschlagen würde. Kurz vor Weihnachten aber kam die nicht mehr ganz überraschende Nachricht, dass die L&G an Siemens verkauft worden sei. Dies ohne die Gewerkschaften und die Betriebskommission vorher zu informieren. Die Belegschaft selbst musste die Nachricht am 23. Dezember aus der Tagesschau erfahren.

Der 1996 abgetretene Konzernchef Willy Kyssling rühmt sich, in seiner L&G-Zeit sei die Eigenkapitalrendite auf 9,4 Prozent verbessert worden. Der Konzern konnte 1995 einen Gewinn von 110 Millionen Franken erzielen. Wir kennen aber den sozialen Preis dieser Profitmaximierung. Alleine in der Schweiz hat die L&G in dieser Zeit 2'200 Stellen gestrichen. Was aber noch mehr gekostet hat - auch wenn diesbezüglich keine Zahlen vorliegen - ist der Verlust an Motivation der L&G-Beschäftigten in diesen Jahren. Unsicherheit und Angst "spornen" zwar zu einem erhöhten Einsatz an, der aber erzwungen und nicht motiviert ist. Innovative Ideen entstehen jedoch kaum in solchen "Terrorsituationen", dazu braucht es echte Anerkennung und zwischendurch Zeit zum Nachdenken. Angst und Unsicherheit führen auch zu grösseren Fehlerquoten. Was nützt es, die ganzen Zeit von neuen Management-Theorien zu erzählen, über Teamarbeit und Motivation zu dozieren und

Seminare über neue Arbeitsorganisation zu organisieren, wenn dann die Direktbetroffenen nicht ernst genommen, sondern mit Angst zu "Topleistungen" getrieben werden?

Demotivierend wirkt sich auch die Verweigerung des Teuerungsausgleichs aus. Dies haben wir Ende 1996 beim Zuger Staatspersonal sehen können. Der Regierungsrat hat auf gewerblichen Druck hin beschlossen, die Löhne nicht der Teuerung anzupassen. Dies nicht aus finanzieller Not, sondern lediglich aus "Solidarität mit der Privatwirtschaft". Nun müssen auch die Staatsangestellten (Kanton und Gemeinden) wie viele in der Privatwirtschaft die schlechte Erfahrung machen, dass sie für ihren Einsatz mit einer Kürzung der Reallöhne bestraft werden. Stattdessen zeigen alle Statistiken, dass die Reichen immer reicher werden, die Aktienkurse ständig steigen und viele Betriebe, allen voran die Banken, Jahr für Jahr Rekordgewinne einfahren.

Gleichzeitig können wir erleben, dass innovative Klein- und Mittelbetriebe es nicht nötig haben, sich auf Kosten der Arbeitenden zu sanieren. Alleine 1996 hat die Hightech-Firma Esec in Cham 215 neue Stellen geschaffen und zählt nun 618 Beschäftigte. Bekannt ist, dass dieser Betrieb einen partizipativen Führungsstil betreibt, der die Beschäftigten ernst nimmt. Noch nie davon gehört haben wir, dass Esec den Teuerungsausgleich verweigert hätte. Dies bestätigt denn auch das, was eine IBM-Untersuchung im letzten Jahr gezeigt hat. Jene Betriebe mit fairen Löhnen und anständigen Arbeitsbedingungen, sind jene die expandieren und neue Arbeitsplätze schaffen. Schwierigkeiten haben hingegen jene Betrieben, denen nichts besseres einfällt, als Gewinne zu steigern, Kosten zu senken, Personal abzubauen und damit Motivation und Know-how zu vernichten.

2. Die GBZ-Aktivitäten

Initiative "Flexibilisierung des Rentenalters"

In Zug sammelten Gewerkschaftsbund, GBI und SMUV 350 Unterschriften für diese wichtige nationale Initiative.

14. Juni: Tag der Lohntransparenz

Fünfzehn Jahre nach der Verankerung des Gleichstellungsgesetzes in der Verfassung trat am 1. Juli 1996 das Bundesgesetz für die Gleichstellung von Mann und Frau in Kraft. Für die Frauenorganisationen und die Gewerkschaften ist dieses Gesetz ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung der Lohngleichheit. Fünf Jahre nach dem landesweiten Frauenstreik 1991 erklärt der SGB den 14. Juni zum Tag der Lohntransparenz. Der GBZ hat eigene Aktivitäten zum 14. Juni geplant. Diese Kampagne wurde von einem Vorbereitungsteam realisiert, das aus den Kantonsrätinnen Sybilla Schmid (GBZ), Brigitte Profos (SP) und Arlene Wyttenbach (SGA) sowie der ehemaligen Leiterin des Zuger Gleichstellungsbüros, Dana Zumr, bestand. Im Vorfeld der ganzen Kampagne wurden an den Bahnhöfen und vor Betrieben rote und gelbe Karten verteilt, die über die nationalen und zugerischen Aktivitäten informierten, bzw. zu einer Selbstdeklaration des eigenen Lohnes aufforderten.

Am 11. Juni wurde eine Pressekonferenz organisiert, an der die Kampagne vorgestellt wurde. Am 14. Juni fand im Burgbachsaal in Zug ein Podiumsgespräch zum Thema Lohntransparenz statt mit Andrea Hodel vom Zuger Gewerbeverband, Michèle Kathriner von der Justiz und Polizeidirektion sowie den Gewerkschafterinnen Erika Trepp und Bettina Kurz. Nach dem Podiumsgespräch fand ein Fest statt, musikalisch von der Seetaler Frauenband "After Eight" umrahmt.

In der darauffolgenden Woche wurde an drei Abenden das Zuger Lohntelefon bedient. Gewerkschafterinnen nahmen Telefonanrufe entgegen. Leider haben nur wenige Leute diese Gelegenheit benützt, um mit den Gewerkschaften über ihre Löhne zu diskutieren.

Submissionsverordnung

In der Vernehmlassung hat der GBZ Stellung zur Vollziehungsverordnung des Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (Submissions-Verordnung) genommen. Dabei betonten wir vor allem, dass es wichtig ist, bei der Vergabe öffentlicher Arbeiten nur Firmen zu berücksichtigen, welche die Gesamtarbeitsverträge einhalten.

Liberalisierung Ladenöffnungszeiten

Im Juli wurde der GBZ vom Regierungsrat in die Vernehmlassung zur Revision des Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetzes einbezogen. Bei dieser Revision ging es im wesentlichen um längere Oeffnungszeiten am Abend und um die Möglichkeit auf gemeindlicher Ebene an 4 Sonntagen im Jahr die Ladenöffnung zu bewilligen. Es ist zwar klar, dass es nicht Aufgabe des vorliegenden Gesetzes ist, den Arbeitnehmerschutz zu definieren. Wir hielten jedoch fest, dass der GBZ nur dann einer Verlängerung der Ladenöffnungszeiten zustimmen würde, wenn die Arbeitgeber des Detailhandels bereit wären, mit den Gewerkschaften einen Gesamtarbeitsvertrag abzuschliessen, der mindestens folgendes

definiert: Mitspracherechte des Personals in der Gestaltung der Arbeitszeit, Minimallöhne und eine einheitliche wöchentliche Arbeitszeit.

Die GBZ-Stellungnahme wurde in der Presse zusammengefasst. In der Folge hat die Präsidentin des Metallisten-Verbandes der Stadt Zug "Pro Zug" den GBZ um einen Muster-GAV nachgefragt.

Die Finanzdirektion des Kantons Zug gab uns (zusammen mit SP, SGA und christlichen Gewerkschaften) den Auftrag, die Eckdaten für einen kantonalen Normalarbeitsvertrag (NAV) auszuarbeiten. Am 16. Dezember 1996 teilte sie uns jedoch mit, dass sie auf eine weitergehende Liberalisierung verzichten würde. Damit sahen wir unsere Eingabe als erledigt an. Das war aber ein Missverständnis, denn die vorgeschlagene Revision sieht immer noch die Möglichkeit für die Gemeinden vor, die Geschäftsöffnung an 4 Sonntagen und zweimal in der Woche bis 21.30 Uhr zu erlauben. Als das bekannt wurde, hielt der GBZ in einer Stellungnahme an der Forderung eines Normal- oder Gesamtarbeitsvertrages fest. Daraufhin reagierte die Finanzdirektorin "überrascht und befremdet" (Zuger Presse 7.2.97). Im gleichen Artikel hatte die Sekretärin des Gewerbeverbandes sogar die Frechheit zu behaupten, sie seien "den Gewerkschaften bereits stark entgegengekommen". Erhalten haben wir von den Arbeitgebern jedoch noch nichts, nicht einmal Verhandlungen haben sie mit uns gesucht. Mit der Finanzdirektorin konnte inzwischen das Missverständnis geklärt werden.

Auch wenn die vom Regierungsrat vorgeschlagene Liberalisierung weit geht, müssen wir doch mit Genugtuung feststellen, dass in der Begründung für den Verzicht auf eine weitergehende Liberalisierung vor allem die gewerkschaftlichen Bedenken aufgeführt werden. Es hat sich gelohnt, dass die Finanzdirektion uns nicht nur im Rahmen der schriftlichen Vernehmlassung einbezogen, sondern auch das Gespräch mit uns gesucht hat. Wir finden es aber schade, dass sie nicht von sich aus die Schaffung eines kantonalen Normalarbeitsvertrages vorschlägt.

3. GBZ-Veranstaltungen

GBZ-Tagung vom 3. Februar 1996: "Gewerkschaften und Politik"

Hauptreferent der Tagung war SGB-Co-Präsident Vasco Pedrina. Weitere ReferentInnen waren Armin Jans, Nationalrat, Hanspeter Uster, Regierungsrat und Sybilla Schmid, Kantonsrätin. 30 KollegInnen hatten sich für die Tagung angemeldet, 40 sind schliesslich gekommen. An der Tagung fand eine hochstehende Diskussion statt.

Vasco Pedrina referierte über die Rolle der Gewerkschaften in der Politik und stellte insbesondere fest, dass Gewerkschaften keine Ersatzparteien sind. Sie können zwar nicht mehr wie früher die "Politik" den Parteien überlassen, um aber auf der politischen Ebene optimal Einfluss nehmen zu können, müssen sie mit den Parteien zusammenarbeiten. Armin Jans ging auf die Bündnispolitik der Zuger Linken ein, die in den letzten Jahren auf parlamentarischer Ebene einige Erfolge gebracht hat (2 Sitze im Regierungsrat und im Zuger Stadtrat, 1 Sitz im Nationalrat). Hanspeter Uster stellte fest, dass statt eine linke Bündnispolitik nicht nur auf Wahlbündnisse beschränken könne, sondern viel mehr auch auf Sachfragen spielen sollte. Die Revision des Arbeitsgesetzes werde eine solche Gelegenheit

sein. Sybilla Schmid berichtete aus ihrer Erfahrung als Kantonsrätin und betonte, dass es sehr wichtig sei, den gewerkschaftlichen Einfluss auf die kantonalen Instanzen zu verstärken.

1.Mai

Motto des 1. Mai 1996 war "Ueberzeit die einen, arbeitslos die anderen". Der 1. Mai stand denn auch im Zeichen der Revision des Arbeitsgesetzes. In Zug sprachen Urs Birchler, Zuger Landamann und SP-Regierungsrat, und Gerlinde Künzle, SGA-Sekretärin. Die Kundgebung fand auf dem Landsgemeindeplatz statt und wurde von etwa 300 Personen besucht. Alle politischen Gruppierungen waren gut vertreten. Der 1. Mai ist in Zug zu dem Anlass geworden, an dem sich die Linke trifft. Weniger gut war jedoch die Beteiligung der Gewerkschaftsgruppen. Umrahmt wurde die Kundgebung durch Info- und Imbisstände.

Vertrauensleute Versammlung

Am 14. Mai organisierte der GBZ zusammen mit SMUV und GBI eine Vertrauensleute-Versammlung. Thema: Das neue Mitwirkungsgesetz - Mehr Demokratie am Arbeitsplatz. Referent: Bruno Bollinger. Etwa 10 KollegInnen (fast alle aus dem SMUV) besuchten die Veranstaltung, an der eine interessante Diskussion stattfand.

GBZ-Apero mit den Kollegen Regierungsräten

Zum fünften Mal wurde am 1. Oktober der traditionelle Apéro mit den Kollegen Regierungsräten Urs Birchler und Hanspeter Uster im Büro Gegenwind in Zug durchgeführt. Diskutiert wurde über die Spitalplanung und die Schliessung der AMI-Klinik in Cham und die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten. Leider fanden sich auch diesmal nur wenige KollegInnen zu diesem interessanten Anlass ein. Trotzdem war die Diskussion wieder lebhaft und informativ. Und da es in beiden Zuger Zeitungen gute Berichte über die Veranstaltung gab, hat doch ein breites Publikum etwas davon gehabt.

SGB-Demonstration vom 26. Oktober 1996

GBI und SMUV organisierten die Fahrt nach Bern zur grossen Demonstration gegen Sozialabbau, ein unfaires Arbeitsgesetz und für ein Investitionsprogramm gegen die Arbeitslosigkeit. Aus Zug nahmen an die Hundert KollegInnen an der Demonstration teil.

GBZ-Seminar

Auf Anregung der politischen Parteien hin, organisierte der GBZ auf den 7. November 1996 ein Seminar zum Thema "Vertragspolitik heute", an dem über die Bedeutung und die veränderte Rolle der Gesamtarbeitsverträge hätte diskutiert werden sollen. Eingeladen wurden alle Gewerkschaftsvorstände, die Kantonsrats- und Gemeinderatsfraktionen von SP und SGA, sowie alle Exekutivmitglieder von SP und SGA. Das Seminar musste abgesagt werden, weil sich neben 3 GBZ-Vorstandsmitgliedern nur eine Kantonsrätin der Alternativen Fraktion angemeldet hatte.

4. Informationspolitik

Pressemitteilungen

Regelmässig war der GBZ in den Medien präsent. In den Medien erschienen Artikel und Stellungnahmen zu folgenden Themen (nZZ = Neue Zuger Zeitung; ZP = Zuger Presse):

Berichterstattung über die Tagung vom 3. Februar 1996

nZZ (5.2.96): *"Ohne vertiefte Diskussionen steht das Bündnis auf tönernen Füßen"*

GBZ-Jahresbericht 1995/96

nZZ (26.2.96): *"Für einen sozial attraktiven Standort Zug kämpfen"*

Berichterstattung über die GBZ-Delegiertenversammlung vom 20.3.96

nZZ (22.3.96): *"Arbeitnehmer pochen auf humane Arbeitswelt und Arbeitsbedingungen"*

1.Mai-Aufruf des Zuger Gewerkschaftsbundes "Abbau der Ueberstunden = Schaffung neuer Arbeitsplätze!"

Nicht veröffentlicht

Berichterstattung über die 1. Mai-Kundgebung

nZZ (2.5.96): *"Ueber den Rinder- und über den gesellschaftlichen (Arbeits-)Wahnsinn"*

14. Juni: Tag der Lohntransparenz

nZZ (12.6.96): *"Lohntransparenz als Schlüssel zur Lohngleichheit"*

nZZ (17.6.96): *"Frauenlöhne zu tief, nicht Männerlöhne zu hoch"*

GBZ-Stellungnahme zum Arbeitsgesetz

nZZ (21.6.96): *"Ueberstunden limitieren statt liberalisieren!"*

GBZ-Stellungnahme zum Ladenöffnungsgesetz

nZZ (29.8.96): *"Familienfeindlich und für viele Betriebe ruinös"*

GBZ-Apéro mit den Kollegen Regierungsräten

nZZ (3.10.96): *"Auch Blumen für Urs Birchler"*

ZP (2.10.96): *"Regierungsräte standen Red und Antwort"*

Abstimmung Arbeitsgesetz

nZZ (2.12.96): *GBZ-Präsident Bruno Bollinger wurde um eine Stellungnahme gebeten*

Verkauf der Landis & Gyr

nZZ (24.12.96): *GBZ-Präsident Bruno Bollinger wurde um eine Stellungnahme gebeten*
Schweizer Fernsehen DRS: *Bruno Bollinger konnte in der Tagesschau Stellung nehmen*

GBZ-Stellungnahme zur Lohnrunde

nZZ (3.1.97): *"Staatspersonal ist enttäuscht"*

ZP (3.1.97): *"Aufschwung dank Lohntüte"*

Um die Monopolstellung der neuen Zuger Zeitung zu brechen, ist die Zuger Presse gegründet worden. Der GBZ hat den Verein unterstützt und ist Aktionär der neuen Zeitung.

GBZ-Info

Im vergangenen Berichtsjahr wurde allen GBZ-Delegierten das GBZ-Info geschickt. Das GBZ-Info geht auch an 50 uns nahestehende PolitikerInnen und InteressentInnen. Das GBZ-Info ist 1996 viermal erschienen:

- Nr. 20, April 1996: Berichterstattung GBZ-DV, Perspektiven 1996, Umstrukturierungen bei der PTT, Zuger Nachrichten und neue Zuger Presse, GBZ-Tagung, SMUV-Generalversammlung.
- Nr. 21, Mai 1996: GBI-Generalversammlung, Berichterstattung 1.Mai-Kundgebung, GBZ-1.Mai-Aufruf, Begrüssung Bruno Bollinger, Ansprachen von Urs Birchler und Gerlinde Künzle, Referendum Arbeitsgesetz.
- Nr. 22, September 1996: Projekt Zentralschweizer Gewerkschaftsbund, Pressespiegel zum Tag der Lohntransparenz, Lohn und Kaufkraft, Stellungnahme zum neuen Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetz, Referendum Arbeitsgesetz.
- Nr. 23, November 1996: Referendum Arbeitsgesetz, fremdenfeindliche SVP-Initiative.

5. Kommissionstätigkeit

Konsultativkommission für Wirtschafts- und Konjunkturfragen

Am 21. Februar 1996 fand eine erste Sitzung statt, an der über die Wirtschaftsförderung Zentralschweiz und über das neue Arbeitslosengesetz diskutiert wurde. An Stelle von Hans Suter (GBI) ist Madeleine Landolt (GBI) in die Kommission gewählt worden. Am 4. September 1996 fand eine zweite Sitzung statt, an der über die Berufsbildung diskutiert wurde.

Verein für Arbeitsmarktmassnahmen (VAM)

Mit der Besetzung des Vorstandes und der tripartiten Kommissionen kam es zu einem langen Hin und Her mit der GBI-Zentralschweiz. Die GBI wollte zwar den Sitz in der tripartiten Kommission des RAV besetzen, war aber nicht bereit, den Vorstandssitz im VAM zu übernehmen. Schlussendlich bleibt Sybilla Schmid im VAM-Vorstand und nimmt gleichzeitig auch in die tripartite Kommission Einsitz. Am 25. April hat die Generalversammlung des VAM stattgefunden mit einer schlechten Beteiligung.

Schlichtungsstelle für die Gleichstellung von Mann und Frau

Bruno Bollinger wurde vom Regierungsrat als Mitglied der auf den 1. Juli 1996 hin gegründete Schlichtungsstelle gewählt. Am 9. September ist die Schlichtungsstelle zu einer ersten Sitzung zusammengekommen, an der über das Vorgehen und die Arbeit der Schlichtungsstelle beraten wurde. Bisher sind aber noch keine Klagen eingegangen.

Einigungsamt

Hans Rüegg ist Mitglied des Einigungsamtes des Kantons Zug, Sybilla Schmid Ersatzmitglied. Das Einigungsamt trat 1996 zu keiner Sitzung zusammen.

Verein für die Betreuung der ausländischen ArbeitnehmerInnen

Bruno Bollinger ist für den GBZ im Vorstand des Vereins. Am 19. April hat eine erste Sitzung stattgefunden, an der die Pensionskassenregelung der MitarbeiterInnen der Beratungsstelle für AusländerInnen verabschiedet und die Generalversammlung vom 9. Mai 1996 vorbereitet worden ist. An dieser GV wurde auch Pietro Panico (als Vertreter der Ausländer-Organisationen) in den Vorstand gewählt. Am 10. September 1996 fand eine zweite Sitzung statt, an der der Bericht der Beratungsstelle und die Mitgliederbeiträge diskutiert wurde.

6. Die GBZ-Verbände

Mitgliederentwicklung

	1980	1990	1991	1992	1993	1994	1995
GBH	669	1146	1193	*)			
GTCP	41	29	11	*)			
GBI				1286	1271	1255	1101
SMUV	987	843	846	887	885	960	1037
SEV	361	458	470	484	489	490	483
VPOD	74	134	137	139	147	144	142
PTT-Union	76	77	82	77	76	80	81
VHTL	50	20	19	20	19		
GDP						57	50
Kanton Zug	2258	2707	2758	2893	2887	2986	2894
Differenz		+ 449	+ 51	+ 135	- 6	+ 99	- 92

(aus SGB-Statistik)

*) GBI ab 1.1.93 (GBH + GTCP)

GBI

Ab 1.1.96 ist Juan Gonzalvez für die GBI Zug zuständig. Hans Suter hat die GBI verlassen. Am 26. Januar hat die GV der Gruppe Zug stattgefunden. Die GBI Zug ist nun nur noch eine Ortsgruppe der GBI-Sektion Zentralschweiz.

SMUV

An der Generalversammlung am 15. März wurde Ruedi Amrein als Sektionspräsident bestätigt.

Auf den 1. August hin ist eine Sekretariatsgemeinschaft mit der GBI entstanden. Das Zuger SMUV-Sekretariat ist geschlossen worden. Die Rechtsauskunft wird im GBI-Sekretariat weitergeführt.

Formell ist der SMUV Zug noch eine Sektion, jedoch ohne Finanzkompetenzen. So ist denn auch die Schliessung des Sekretariats und die Verlagerung der administrativen Stelle nach Luzern gegen den Willen der Sektion Zug durchgeführt worden.

Im Oktober organisierte die SMUV-Sektion Zug einen interessanten Rundgang auf dem Zuger Industriepfad.

VPOD

An der GV vom 15. März 1996 wurde Christian Steiger als Präsident wiedergewählt. Im Herbst organisierte der VPOD zwei gutbesuchten Veranstaltungen zum Thema New Public Management (NPM).

PTT-Union

An der Generalversammlung vom 8. März 1996 wurde Walter Felder als Präsident bestätigt. Im Rahmen der Regionalisierung sind die Zuger Sektionsnachrichten in die "Luzerner Post" einverleibt worden. Die KollegInnen der PTT-Union schlugen sich mit den Veränderungen, die bei der Post stattfinden herum, allen voran mit der voranschreitenden Privatisierung (Chang Post, Paketpost 2000, Neuorganisation der PTT-Garagen, Transportkonzept). 1997 wird die Sektion Zug ihr 100-jähriges Jubiläum feiern.

SEV

Auch beim Eisenbahner-Verband wurde regionalisiert. Am 2. November 1996 wurden die Sektionen Zug, Goldau und Uri von RPV/APV (Rangierpersonal / Arbeiterpersonal-Verband) zusammengelegt. Als Präsident wurde Wolfgang Fricker wiedergewählt.

Innerschweizer Gewerkschaftsbünde

Die Schwächung der Präsenz von GBI und SMUV auf dem Platz Zug und vor allem die mangelnde Autonomie der Zuger Verantwortlichen dieser zwei Gewerkschaften hat auch für den Zuger Gewerkschaftsbund eine neue Situation geschaffen. In einer Stellungnahme vom 22. Juni an die Innerschweizer Gewerkschaftsbünde hielten wir folgendes fest:

Aufgabe der kantonalen Gewerkschaftsbünde ist es, den Kontakt mit den kantonalen Behörden aufzubauen, die Zusammenarbeit mit den lokalen politischen Parteien zu pflegen, auf kantonale Ereignisse zu reagieren und auf kantonaler Ebene Abstimmungs- und Referendumskampagnen zu organisieren. Das sind in Zug die Aufgaben des GBZ.

So ist es uns gelungen, einen regelmässigen Kontakt zu den zwei linken Regierungsräten aufzubauen, die uns immer wieder helfen. Am jährlichen Apéro haben alle Mitglieder die Möglichkeit, mit den Kollegen Regierungsräten zu diskutieren. Das eben gegründete "Komitee gegen Sonntagsarbeit, Nachtarbeit und Ueberstunden" besteht aus dem GBZ, der Christlichen Gewerkschaftsvereinigung, der SP, der SGA und weiteren Gruppen und garantiert somit, dass wir unsere Kampagne in der Bevölkerung gut verankern können. Ein Innerschweizer Gewerkschaftsbund würde nur noch mehr Strukturen und Sitzungen mit sich bringen (von denen wir bereits genug haben): Einen Regionalvorstand (wir haben in Zug nicht viele aktive Leute, die bereit sind im Kantonalvorstand mitzumachen); eine Regionale DV (wir haben in Zug genügend Mühe, die kantonalen Delegierten an die jährliche DV zu bringen). Das wäre eine unnötige Ueberstrukturierung, welche die Aktivitäten an der Basis noch mehr erschweren würde.

Was uns in Zug fehlt, sind aktive Sektionen der Verbände. Weder SMUV noch GBI haben in Zug aktive Gruppen und funktionierende Strukturen. Die Sekretariate waren bisher schon ungenügend besetzt und werden ab August 1996 nur noch für Sprechstunden offen sein. In unzähligen Fällen hat der GBZ anstelle von SMUV und GBI in der Presse Stellung genommen, Kampagnen organisiert und in Kommissionen Einsitz genommen. Nun sind aber SMUV wie GBI daran, ihre Präsenz in Zug noch mehr abzubauen.

Es geht uns in Zug um unsere gewerkschaftspolitische Autonomie, die Voraussetzung dafür ist, dass wir uns in den kantonalen Angelegenheiten möglichst wirksam einmischen können.

Denn die Hauptaufgabe der kantonalen Gewerkschaftsbünde ist es, die nationalen Kampagnen des Gewerkschaftsbundes lokal umzusetzen. Um dies zu tun, müssen sie vor Ort präsent sein."

7. GBZ-Gremien

GBZ-DV vom 20. März 1996

Nebst dem Budget und der Jahresrechnung wurden an dieser Delegiertenversammlung auch die GBZ-Gremien neu gewählt. Da es keine Rücktritte hatte, wurden alle bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt (Josy von Wyl, Hans Rüegg, Pietro Panico, Toni Gschwind und Juan Gonzalvez). Als Präsident wurde Bruno Bollinger und als Kassierin Sybilla Schmid bestätigt. Thema der DV war die Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes, das auf den 1. Juli 1996 in Kraft tritt. Sybilla Schmid stellte die GBZ-Kampagne vor. Im Anschluss an die DV referierte SGB-Sekretär Pietro Cavadini über das Referendum gegen die Revision des Arbeitsgesetzes.

GBZ-Vorstand

1996 war ein Wahljahr. Da es keine Rücktritte gab, setzt sich der GBZ-Vorstand unverändert wie folgt zusammen. Einzig beim Vizepräsidium hat es eine Aenderung gegeben. An Stelle von Josy von Wyl, die aus persönlichen Gründen nicht mehr so aktiv sein kann, haben nun Pietro Panico und Juan Gonzalvez das Vizepräsidium übernommen:

Bruno Bollinger (SMUV), Präsident;
Pietro Panico (SMUV), Vizepräsident;
Juan Gonzalvez (GBI), Vizepräsident;
Sybilla Schmid (SMUV), Kassierin;
Josy von Wyl (GBI);
Hans Rüegg (PTT-Union);
Toni Gschwind (VPOD).

An den Vorstandssitzungen wurden regelmässig folgende Ressortberichte besprochen: 1.Mai, Frauen, Teuerungsausgleich, Staatspersonal, Verein für Arbeitsmarktmassnahmen VAM, Platzunion.

Neben diesen Berichten wurden folgende Schwerpunktthemen behandelt:

- 18.1.96:** Revision Arbeitsgesetz/Ladenöffnungszeiten, GBZ-Jahresbericht und Vorbereitung DV, Innerschweizer Gewerkschaftsbünde.
- 17.4.96:** Umsetzung Gleichstellungsgesetz, Delegiertenversammlung, Referendum Arbeitsgesetz.
- 17.6.96:** Zentralschweizerische Gewerkschaftsbünde, Referendum Arbeitsgesetz.
- 9.9.96:** Referendum Arbeitsgesetz, Sekretariatsgemeinschaft SMUV/GBZ, GBZ-Tagung '97.

18.11.96: Referendum Arbeitsgesetz, Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten, GBZ-Jahresbericht und Delegiertenversammlung.

Allen Vorstands-Kolleginnen und Kollegen danke ich an dieser Stelle für ihre Mitarbeit.

GBZ-Sekretariat

Das GBZ-Sekretariat bestehend aus Bruno Bollinger, Pietro Panico (SMUV) und Juan Gonzalvez (GBI) traf sich 2 mal und behandelte folgende Themen: GBZ-Tagung vom 3. Februar, 1. Mai, Initiative "Flexibles Rentenalter", Aktionstag vom 25. April, RAV/tripartite Kommissionen, Treffen Innerschweizer Gewerkschaftsbünde, GBZ-DV, Wirtschaftskommission, Vertrauensleute-Kurs vom 14. Mai, Referendum Arbeitsgesetz, Ausländerverein.

Die zweite Sitzung vom 11. April 1996 war die letzte Sitzung des Sekretariats. Hauptzweck des Sekretariats war es, die Aktivitäten vom GBZ mit denjenigen von SMUV und GBI zu koordinieren. Mit der Regionalisierung von SMUV und GBI ist die Autonomie und die Kompetenz der Zuger Sektionen stark eingeschränkt worden. Die Entscheide über wichtige Aktivitäten in Zug werden in Luzern gefällt, so dass es sinnlos ist, im nachhinein bereits beschlossenen Aktivitäten zu koordinieren versuchen.

Die Zusammenarbeit der zwei neuen Zuger Sekretäre von GBI und SMUV im Rahmen des GBZ-Sekretariates schuf die Basis dafür, dass nun in Zug eine Sekretariatsgemeinschaft realisiert werden konnte.

Rechtsauskunft

Regelmässig wird unsere unentgeltliche Rechtsauskunft gebraucht. Rechtsanwalt Dalcher, der unsere Rechtsauskunft alle zwei Wochen im SMUV-Sekretariat (ab 1. September 1996 im GBI/SMUV-Sekretariat) durchführt, hatte im letzten Jahr vor allem Fälle im Arbeitsrecht und im Auftragsrecht zu behandeln, einzelne Fälle betrafen das Mietrecht, das Eherecht, Erbsachen, Mietsachen, Diebstahl und das öffentliche Baurecht. An dieser Stelle danken wir Herrn RA Dalcher für seine Arbeit.

8. Schlussbemerkungen

Die Zusammenlegung der Innerschweizer Sektionen von SMUV und GBI hat zu einem Autonomieverlust für die Zuger Sektionen geführt. Diese "Luzernisierung" hat sich bis heute nachteilig für Zug ausgewirkt. Dazu kam noch, dass SMUV wie GBI dem Gewerkschaftsbund ihre Beiträge erst Ende Jahr bezahlt haben. Es war nicht einfach, unter diesen erschwerten Umständen unsere Arbeit zu machen. Wir hätten heute anderes zu tun, als uns intern mit unprofessionellen und bürokratischen Massnahmen herumschlagen zu müssen.

Wir waren Nahe daran, den "Bettel hinzuschmeissen". Wir haben aber auch das angeschaut, was wir in den letzten Jahren erreicht haben, um festzustellen, dass es einiges ist. Jedenfalls zuviel, um es einfach aufzugeben. Hier eine kurze Chronologie der wichtigsten Aktivitäten auf politischer Ebene:

- 1992: - Mobilisierungen gegen Entlassungen in der L&G (GBZ, SP, SGA)
- Politische Rechte für ImmigrantInnen gefordert (GBZ, CGVZ, SP, SGA)

- 1993: - 1.Mai-Komitee (GBZ, SP, SGA, FriBri)
- 1994: - Zuger Forum Arbeit für alle (GBZ, SP, SGA, FriBri): Organisierte 4 Veranstaltungen.
- 1.Mai-Komitee (GBZ, SP, SGA, FriBri)
 - Alle KandidatInnen, die Gewerkschaftsmitglied sind und sich für die gewerkschaftlichen Anliegen einsetzen, werden bei den kantonalen Wahlen unterstützt
 - Gemeinsame Listen SP/SGA/Alternative werden unterstützt
 - Komitee "Gesundheit muss wieder bezahlbar sein" (GBZ, SP, SGA)
- 1995: - 1.Mai-Komitee (GBZ, SP, SGA, FriBri)
- Nationalratswahlen: Unterstützung für KandidatInnen, die Gewerkschaftsmitglied sind. Mit einer Umfrage wird ermittelt, wer gewerkschaftliche Anliegen unterstützt.
 - Komitee gegen die Erhöhung des Rentenalters (GBZ, CGVZ, SGA)
- 1996: - 1.Mai-Komitee (GBZ, SP, SGA, FriBri)
- Kampagne "14. Juni" zur Lohntransparenz (GBZ, SP, SGA, Ofra)
 - Komitee gegen die Revision des Arbeitsgesetzes (GBZ, CGVZ, SP, SGA, KAB, Dekanat Kirche und Arbeitswelt)

Wir haben erreicht, dass mit den Linken Parteien und den christlichen Gewerkschaften eine gute Zusammenarbeit aufgebaut worden ist. Wir haben erreicht, dass die Gewerkschaften von den Behörden bei Gesetzesrevisionen stärker einbezogen werden (siehe Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten). Wir haben erreicht, dass wir in den lokalen Medien eine gute Präsenz haben; bei wichtigen wirtschaftlichen Ereignissen wird der GBZ um seine Meinung gefragt.

Was wir aber noch nicht erreicht haben, ist dass sich die Gewerkschaften in Zug verstärkt hätten. Die bereits erwähnten verbandsinternen Restrukturierungen haben die gewerkschaftliche Präsenz in Zug geschwächt. Die Zusammenarbeit der zwei grossen Verbände SMUV und GBI - symbolisiert in der Zusammenlegung der zwei Sekretariate - legt aber die Basis für einen neuen gewerkschaftlichen Aufbau. Dafür muss aber zuerst noch die nötige Handlungsfreiheit erreicht werden. Für diese gemeinsame Sache lohnt es sich, das Engagement weiterzuführen. Denn es ist zwar eine Binsenwahrheit, die in jedem Jahresbericht wiederholt wird, trotzdem sagen wir es wieder: Kämpferische Gewerkschaften sind heute wichtiger denn je!

Bruno Bollinger, Präsident GBZ